487 7/2011

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Atomausstieg gehört ins Grundgesetz

Langer Atem. Kämpfe in Wyhl, Gorleben und anderswo. Wie oft waren wir auf Antiatom-Demos in Biblis und auf dem Römerberg. Die Großdemonstrationen nach Fukushima haben jetzt zu einer Massenstimmung geführt, die CDU, FDP und andere zum Umschwenken gezwungen. Auf der Tagesordnung in unserem Land steht der Atomausstieg. Er kann dazu führen, dass international die gefährliche Technologie hinterfragt wird und die „Erneuerbaren" gefördert werden. Zwar wehren sich die Atomkonzerne noch immer mit allen verfügbaren medialen und juristischen Mitteln gegen den Vollzug des jetzt offenbar auch parlamentarisch kaum noch aufzuhaltenden Atomausstiegs. Der Ausstieg in Deutschland jedoch wird so leicht nicht rückgängig zu machen sein.

Eine Wende in der Energiepolitik hat allerdings nur dann Bestand, wenn sie als ein Teil einer allgemeinen Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt etabliert und gesichert wird.

„Die Macht der Monopole brechen" heißt den Weg zu einer Gesellschaft öffnen, die den Profit der Konzerne als Fundament der Produktionsweise hinter sich lässt.

Die elementaren Bedürfnisse und Forderungen der werktätigen Menschen müssen das oberste Gebot werden - das sind die wichtigsten Lehren der letzten Monate und Tage.

Die Opfer von Tschernobyl und Fukushima dürfen wir nie vergessen.

Deshalb: Man muss alles tun, um „Hintertürchen" zu schließen.

Wir sagen: Der Atomausstieg gehört ins Grundgesetz!

Global denken lokal handeln

Auf Antrag der DKP/LL-Fraktion beschloss das Stadtparlament nachfolgenden Antrag:

Ökostrom-Anbieter auflisten

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Auflistung aller Energieanbieter zu erstellen, die Strom aus erneuerbarer, umweltfreundlicher Technologie erzeugen und in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren. Zusätzlich sollen die entsprechenden Internetportale zur Auswahl der Stromanbieter in die Liste aufgenommen werden. Diese Liste ist in den jeweiligen Rathäusern auszulegen, sowie auf der Homepage der Stadt Mörfelden-Walldorf einzustellen. Sie ist eine durch die Stadt geprüfte Entscheidungshilfe für die Bürgerinnen und Bürger, die selbst einen Beitrag zur Energiewende, zum Umwelt- und Naturschutz leisten wollen."

In einer weiteren DKP/LL-Initiative hieß es:

Erdwärme im Wohngebiet „Am Walldorfer Weg" prüfen

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit im geplanten Wohngebiet „Am Walldorfer Weg" die Nutzung von Erdwärme in Betracht kommt."

In der Begründung hieß es u.a.:

Im Stadtgebiet könnte die oberflächennahe Erdwärme stärker genutzt werden. Beispiele dieser Geothermienutzung gibt es (auch in unserer Stadt) schon und man spricht von positiven Ergebnissen.

Mit fadenscheinigen Gründen wurde dieser Prüfungsantrag von CDU, SPD und den Grünen abgelehnt.

Über 500 Menschen demonstrieren gegen Abschiebungen und Frontex

Mit über 500 TeilnehmerInnen schlängelte sich am 20. Juni ein stimmungsvoller, bunter und lauter Demonstrationszug mit Zwischenkundgebungen, Samba-Band und Theater durch die Gänge des Terminal 1. Der Flughafen wurde somit vorübergehend in eine Protestzone gegen Abschiebungen verwandelt.
Es liegt fast 10 Jahre zurück, dass mit öffentlichem Aufruf innerhalb des deutschen Abschiebeflughafens Nr.1 protestiert werden konnte, nach ständigen Hausverboten der Fraport war im Januar 2011 mit einem Bundesverfassungsgerichtsurteil das Demonstrationsrecht zurückerstritten worden. Anläßlich des Weltflüchtlingstags und zum Vorabend der Innenministerkonferenz hatte das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main aufgerufen, die vor allem regionale Mobilisierung gelang bestens.

Immer mal an den „blickpunkt“ denken!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Kein Arsch mehr in der Hose

Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni. Auf der Tagesordnung u.a. ein Antrag der DKP/LL gegen die Fraport-„Happy-Landing“-Show. SPD und CDU lehnten das ab.
Die DKP/LL wies darauf hin, dass in Kelsterbach sogar die CDU diese Veranstaltung ablehnt und dass es eine Erklärung der SPD Niederrad gibt, in der die Fraport-Pläne hart kritisiert werden. Hier heißt es z.B. *„Wenn es nach der SPD Niederrad geht, sollte die Fraport ihr oft betontes Verantwortungsbewusstsein für die Region in der Praxis demonstrieren und auf das mit 80.000 Menschen geplante Volksfest verzichten. Die eingeplanten finanziellen Mittel hätte man besser für Lärmschutzmaßnahmen an solchen öffentlichen Gebäuden eingesetzt, die ganz besonders von dem zunehmenden Fluglärm betroffen sein werden, insbesondere Kindereinrichtungen und Schulen.“*
Das sehen wir genau so. Die DKP/LL-Stadtverordnete Helga Fritz erinnerte deshalb auch an die frühere Haltung der SPD und nannte die jetzige Ablehnung des Antrags mehr als unverständlich. Deutlich wurde sie, als sie der SPD-Fraktion zurief: *„Sie haben keinen Arsch mehr in der Hose!“*

Erfreulich - für wen?

„Aus Sicht der Steuerzahler erfreulich: Die Commerzbank hat fast die komplette Staatshilfe zurückgezahlt. 14,3 Milliarden Euro hat das Institut an den Bund überwiesen.“ Solche Sätze gab es in der Presse. Ganz wenige Blätter hinterfragten. Tatsache ist: Der Steuerzahler hat wie immer draufgezahlt. Denn die Konditionen der Hilfsgelder waren so konzipiert, dass die Commerzbank sie nicht verzinsen musste, solange sie Verluste auswies. Sprich: Der Bund trägt den Zinsverlust von etwa einer Milliarde Euro.
In der FR: *„Das ist ärgerlich und wäre zu vermeiden gewesen. Doch die ideologisch gegen jeglichen Staatseingriff geimpfte Rettertruppe ging feige vor. Statt die Commerzbank komplett zu verstaatlichen, die Aktionäre mittels des Totalverlusts haften zu lassen, übernahm der Bund nur eine 25%-Beteiligung und steckte den Rest der benötigten Mittel in die stille Einlage. Ob es gelingen wird, die Aktien eines Tages mit einem so hohen Gewinn zu verkaufen, dass der Steuerzahler noch mit einem Plus rauskommt, ist zweifelhaft. Deshalb sollten wir nicht vergessen, wer für die feige Rettung verantwortlich war: Angela Merkel (CDU) und Peer Steinbrück (SPD)“.*

Nach einigen Verzögerungen im Bauablauf geht es auf der Baustelle des neuen Jugend- und Kulturzentrums seit einigen Wochen wieder vorwärts. Unser Bild zeigt den späteren Eingangsbereich mit Veranstaltungssaal und Kletterwand. Der Zuschnitt der einzelnen Räume und ihre Funktion entstanden unter Beteiligung von vielen jungen Menschen aus Mörfelden-Walldorf. Wir hoffen, dass das neue Zentrum genauso legendär wird wie das alte Jugendzentrum, in dem viele heute bekannte Musikgruppen ihre ersten Auftritte hatten. Mit der Eröffnung wird gegen Ende des Jahres gerechnet.

AUS DEM STADTPARLAMENT

Antrag der DKP/LL-Fraktion
Bidungsfahrt nach Osthofen

Mit den Stimmen der SPD, Grünen und DKP/LL wurde der Antrag

Bildungsfahrt zum „NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen“ beschlossen.

Im Antrag heißt es u.a.:

„Am 25. März 1945 wurde unsere Stadt von amerikanischen Truppen befreit. Dieses Datum markiert in ganz besonderer Weise die politische Entwicklung Deutschlands bis zur Teilung nach dem 2. Weltkrieg.
Viele politisch Verfolgte - sofern sie Naziterror und Krieg überlebt hatten - waren die Männer und Frauen „der ersten Stunde“. Die amerikanischen Befreier fragten nach denen, die als Nazigegner in den Konzentrationslagern gelandet waren. Schon wenige Monate später war das nicht mehr so. 1933 waren zahlreiche Antifaschisten aus unserer Stadt in das erste hessische KZ „Osthofen“ gebracht worden. Anna Seghers beschrieb es in ihrem weltweit bekannten Buch „Das siebte Kreuz“ als „Westhofen“.
Die Gedenkstätte KZ Osthofen (NS Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz) eignet sich gut für eine Bildungsfahrt, um sich über deutsche Geschichte zu informieren und sich darüber auszutauschen.
Die Stadt Mörfelden-Walldorf bietet für interessierte Bürgerinnen und Bürger gegen eine Eigenbeteiligung von 10,- Euro am Sonntag, den 25. März 2012 eine halbtägige Bildungsfahrt mit einem Bus zum „NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/ Gedenkstätte KZ Osthofen“ an.
Vor Ort findet eine Begehung der Gedenkstätte unter sachkundiger Führung statt.
Denkbar sind ein Zeitzeugengespräch sowie vertiefende Einblicke in die Geschichte und Arbeit des NS-Dokumentationszentrums und der Gedenkstätte KZ Osthofen.
Zur Vorbereitung ist eine Vorführung des amerikanischen Films „Das siebte Kreuz“ möglich.“

In der Begründung hieß es:

Unsere Stadt beschäftigt sich seit vielen Jahren sehr intensiv mit der Geschichte - vor allem derjenigen unserer Stadt. Diese Schwerpunktsetzung ist absolut richtig und notwendig, weil sie den Blick auf die eigene Vergangenheit richtet und danach fragt, was wir aus dieser Vergangenheit lernen können.
Die halbtägige Bildungsfahrt nach Osthofen ist als eine Ergänzung zu verstehen.
Wenn sich herausstellt, dass dieses Angebot von der Bevölkerung gut angenommen wird, kann darüber nachgedacht werden, welche weiteren Angebote - im Sinne eines Besuchs geschichtlich interessanter Orte auch außerhalb unserer Stadt - gemacht werden können.
Es würde sich ebenfalls anbieten, das KZ Natzweiler im Elsass (Stammlager des KZ-Außenlagers Walldorf) oder die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar anzufahren.
Osthofen liegt allerdings am nächsten.“

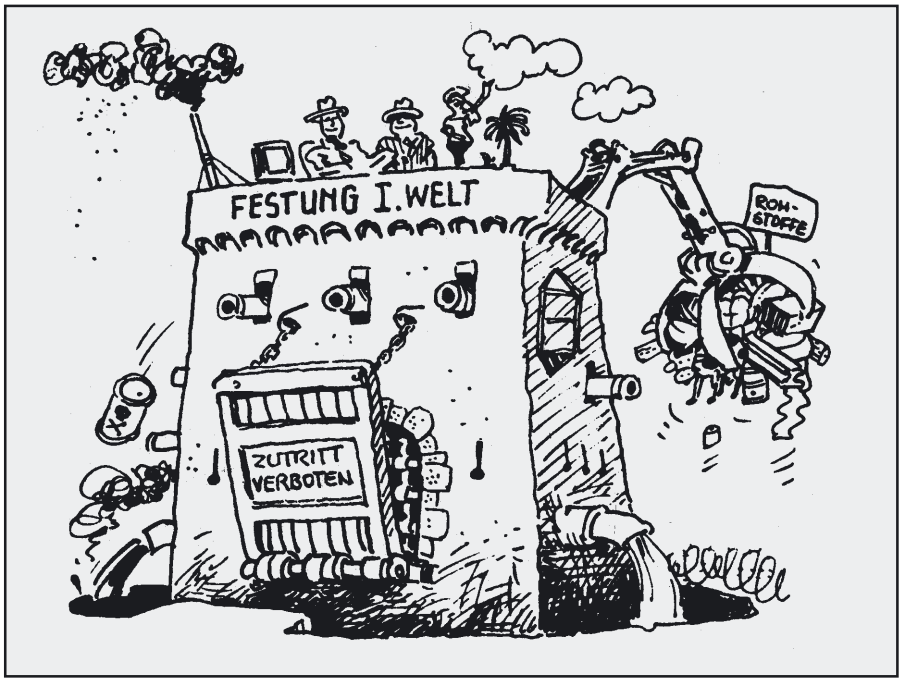
AUS DEM KREISTAG

Kein Giftmüll auf die Deponie Büttelborn

Auch Dank der Kreistagsfraktion „Die Linke.Offene Liste“ ist das Thema in die öffentliche Diskussion gekommen. Erst sah es so aus, als ob niemand etwas gegen die Bodenbehandlungsanlage hätte und niemand etwas darüber weiß. Die Gemeindevertretung hatte einstimmig (mit den Grünen) für das Projekt gestimmt.
Nach einem Pressegespräch der Linksfraktion und einem Dringlichkeitsantrag im Kreistag kam die Sache ins Rollen. Jetzt gibt es mehr als 500 Einwendungen gegen den Antrag der Firma Meinhardt, der die Bearbeitung und Lagerung von 80.000 t giftigen Böden und Schlämmen im Jahr auf der Mülldeponie in Büttelborn zur Folge haben soll.
Kreisausschuss und Riedwerke, Bauern, Naturschutzverbände, die CDU in Büttelborn und Weiterstadt und viele mehr sprechen sich gegen die Anlage in der beantragten Form aus. Mit so vielen Einwendungen hatten die Verantwortlichen, die die Sache klammheimlich über die Bühne bringen wollten, nicht gerechnet. Der Erörterungstermin musste bis nach den Sommerferien verschoben werden, ein größerer Raum wird gesucht. Auch der Kreistag hat jetzt einstimmig die Ablehnung der Anlage beschlossen.

Außerparlamentarische Aktionen weiter notwendig

Nach Fukushima und dem deutlich lauteren Ruf der Menschen in unserem Land nach dem Ausstieg aus der Atomenergie gibt es ja nur noch "Atomkraftgegner".Die Linke.Offene Liste im Kreistag hatte einen Antrag "Atomausstieg beschleunigen - AKW Biblis rückbauen" gestellt.
Erst hatten sich SPD und Grüne noch für den Antrag bedankt und Änderungen eingebracht, die „Die Linke.Offene Liste“ übernommen hatte. Dann kam die CDU in der Kreistagssitzung mit einem "konkurrierenden" Antrag. Sie wollten vor allem von der Orientierung auf die sofortige Stilllegung aller AKW weg und die Empfehlung an die Kreisbevölkerung, sich an Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen war ihnen auch ein Greuel. Die Linke.Offene Liste hielt ihren Antrag aufrecht. SPD und Grüne gaben der CDU nach und beschlossen einen "regierungskonformen" Text. Die Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKW ist SPD und Grünen offenbar ebenso entbehrlich wie die Orientierung auf außerparlamentarische Unterstützung der Ausstiegsforderungen und -beschlüsse, ohne die eine erfolgreiche "Energiewende" kaum denkbar ist. Das Einvernehmen mit der CDU ist ihnen wichtiger. GS



Migration und Flucht sind Folgen von Hunger, Krieg und Verfolgung

3098 Menschen wurden im vergangenen Jahr vom Frankfurter Flughafen abgeschoben. Der Frankfurter Flughafen ist für viele der Ort der Urlaubs-Reisen, der Heimkehr, des Business. „Tor zur Welt". Doch für durchschnittlich zehn Abschiebungen pro Tag ist der Frankfurter Flughafen auch Tatort und Tor der deutsch-europäischen Abschiebepolitik. Es passieren hier permanente Menschenrechtsverletzungen, wenn Menschen gegen ihren Willen zur „Heimreise" in Länder gezwungen werden, wo ihnen Armut, Folter oder Mord drohen. Wir sind gegen diese Politik, die Menschen illegalisiert oder nach Verwertbarkeitskriterien ausgrenzt.

Das Mittelmeer wird immer mehr zu einem Massengrab

An den EU-Außengrenzen wird nicht nur „abgeschoben" hier wird täglich gestorben.

Tausende Menschen ertrinken beim Versuch der Einreise. Nach dem Kentern eines Flüchtlingsschiffs vor der tunesischen Mittelmeerküste sind gerade wieder123 Tote an Land gebracht worden. Das Ziel der „Passagiere" hieß Europa, wo sie eine Zukunft ohne Elend und ohne Krieg finden wollten.

Europa zählt die Toten nicht, sondern nur die Menschen, denen die Überfahrt geglückt ist. Dieses Jahr sind in Italien über 42.000 Migranten aus Nordafrika eingetroffen, über 18.000 kamen aus Libyen. Das wird so weitergehen, solange der Krieg dort anhält.

In der Abwehr von Flüchtlingen und Migranten haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten in arabischen Ländern zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern gestrandet sind. Die Stimmen von dort stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an europäischen Außengrenzen abspielen. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muß Europa nun einen Weg der Offenheit und Solidarität einschlagen.

Deutschland ist die treibende Kraft dabei, Grenzen immer weiter nach außen zu verlagern, und hatte großen Anteil daran, Frontex als europäische Grenzpolizei aufzurüsten. Die Folge sind Tausende ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer.

Frontex macht Front gegen Flüchtlinge

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex weitet ihre Aktionen aus. Verfolgt werden Flüchtlingsboote in den internationalen Gewässern. Schnellboote, Hubschrauber und Flugzeuge sind ununterbrochen auf der Suche nach den unerwünschten Migranten. Tag und Nacht sind bewaffnete Patrouillen im Einsatz. Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras und meterhohe Stacheldrahtzäune sichern die Grenzen EU-Europas.

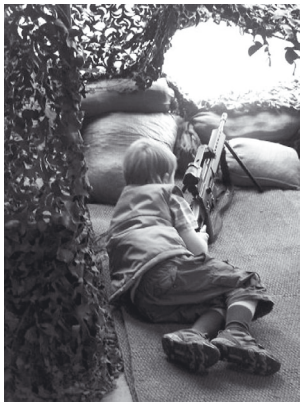
Seit 2005 soll die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz Frontex, illegale Einwanderung verhindern.

Die Arbeit von Frontex hat tausende Flüchtlingen das Leben gekostet. Auftrag und Praxis von Frontex sind klar: „...schon weit jenseits der Hoheitsgewässer der EU-Staaten sollen Flüchtlingsboote aufgehalten und zurückgedrängt werden."

Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl bewertete die Arbeit von Frontex am 31. 03. 2009 so: „Wer Hunderte von Bootsflüchtlingen bei stürmischer See ohne Rettungsboote aufs Meer schickt, ist ein Verbrecher. Aber auch die, die alle Fluchtwege nach Europa um jeden Preis blockieren wollen, machen sich mitschuldig am Tod der Bootsflüchtlinge." Der Spanier Gil Arias, Frontex Director, nennt für 2006: 983 Tote. 38 seien tot auf den Inseln angekommen, 24 danach an den Folgen der Überfahrt gestorben, der Rest sei im Meer verschwunden. Geschönte Zahlen. Der spanische Geheimdienst und Hilfsorganisationen sprechen übereinstimmend von tausenden Toten.

Die DKP stellt fest:
Migration ist Menschenrecht!

Nicht Abwehr der Flüchtlinge, sondern Bekämpfung der Fluchtursachen, wie Hunger und soziale Not, sind das Gebot der Stunde. Das Flüchtlings- und Migrationsproblem lässt sich nicht durch Militäreinheiten an den Grenzen Europas lösen.



Waffen sind keine Kinderspielzeuge

Am 1. Oktober 2010 war eine „Ausbildungsbörse" an der Bertha-von-Suttner-Schule. Unter den „Ausstellern" war auch die Bundeswehr. Die DKP protestierte vor Ort und brachte das Thema ins Stadtparlament. Die Schulleiterin Ute Zeller sagte einen Gesprächstermin zu - ließ aber dann, trotz mehrerer Nachfragen - nichts mehr von sich hören.

Auf dem Hessentag in Oberursel konnten Kinder in einen Hubschrauber oder in den Tornado-Düsenjäger klettern (Foto).

Beim Tag der offenen Tür in der General-Konrad-Kaserne Bad Reichenhall (Foto) lud die Bundeswehr zum „Kinderprogramm" ein. Aufgebaut waren Mini-Häuser, die Kleinen durften hineinballern. Damit alles lebensecht wirkt, hatte man das Ortsschild „Klein Mitrovica, Kreis Zwickau" aufgestellt.

Das allein wäre schon makaber genug.Doch bei dem „Ausrutscher" in Sachen Nachwuchsgewinnung handelt es sich nicht um die politische Instinktlosigkeit minderbemittelter Rekruten-Ausbilder. Nicht bei der Truppe, nicht an dem Ort.
Am Tor des Gebirgsjäger-Standorts ist seit dem 13. Juni 1966 zu lesen: „General-Konrad-Kaserne". In einer Festschrift zum 25. Jubiläum des dortigen Gebirgsjäger-Bataillons steht geschrieben: „Mit der Namensgebung wurde ein Mann geehrt, der hervorragend die Tugenden in seiner Person vereinigte, die den soldatischen Führer ausmachen: Hoher Persönlichkeitswert, umfassender Geist, militärisches Können und tiefe Menschlichkeit."
Man hätte den Wehrmachts-General Konrad direkt zitieren können. Beispielsweise mit dem Satz: „Dem Führer und seinem Werk gehört unsere ganze Hingabe." General Konrad, der Partisanenjäger, war so dankbar, dass Hitler „das Eindringen der bolschewistischen Horden nach Europa ... blitzschnell zu parieren" verstand. Denn: „Die Juden sind unser Unglück."
Die Bundesregierung, bereits Wochen vor dem Kinderfest-Geballer auf das „Vorbild" Konrad angesprochen,wiegelte ab. Stattdessen „Feuer frei auf Mitrovica ..."

Das Thema spitzt sich zu. In Afghanistan tobt ein mörderischer Krieg, die Bundeswehr sucht verzweifelt Nachwuchs. Gerade deshalb: Keine Werbung bei Kindern. Die Schule ist kein Ort zur Rekrutierung von Soldaten. Farbenfrohe Bilder einer „Armee im Einsatz" zur Werbung von Nachwuchs für die kämpfende Truppe haben in der Schule und auf Festplätzen nichts verloren. Das gilt auch für die Bertha-von-Suttner-Schule.

Unsere Zeit
Wochenzeitung der DKP
Probeexemplare:

e-Mail: NeueImpulse@aol.com

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484
www.unsere-zeit.de

Rentenkürzung fördert Altersarmut

Die in Berlin von „Rot-Grün", „Schwarz-Rot" und „Schwarz-Gelb" durchgesetzten Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren bis hin zur Rente ab 67 haben im Zusammenhang mit der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors die gesetzliche Rente ihrer wichtigsten Funktion beraubt: Sie schützt nicht mehr vor Altersarmut und wird mehr und mehr zur Hungerrente degradiert. Von einer Sicherung des Lebensstandards im Alter kann überhaupt keine Rede mehr sein. Das ist ein Angriff auf die Menschenwürde und verstößt gegen das Grundgesetz.
Ein Neurentner im Westen bekommt heute durchschnittlich nur noch eine Rente von 820 Euro.
Damit liegt die Durchschnittsrente heute schon deutlich unter der Armutsrisikogrenze. Union, SPD, FDP und Grüne machen Deutschland für die Alten zum Armenhaus.
Das ist nicht hinnehmbar. Die Rutschbahn bei den Renten muss gestoppt werden. Wir brauchen, ähnlich wie beim Atomausstieg, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Alterssicherung. Die gesetzliche Rente muss endlich wieder in die Lage versetzt werden, nach einem langen Arbeitsleben ein angstfreies, sozial abgesichertes Leben in Würde zu sichern. Dafür müssen der Irrweg der Rente erst ab 67 jetzt beendet und die Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren aufgehoben werden. Mit einer Mindestrente muss zudem Altersarmut von vornherein ausgeschlossen werden.
Eine Zurückdrängung des Niedriglohnsektors durch einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von zehn Euro und endlich dauerhafte Reallohnsteigerungen tragen entscheidend dazu bei, dass auch die Rente ihre Alterssicherungsfunktion wieder erhält.

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Wählerbetrug

Fukushima hat die Menschen erschüttert. Bei der Wahl profitierten die Grünen, auch bei uns. Jetzt müssen sie sich vor Ort und überall einem Faktencheck stellen.

In unserer Stadt gewannen sie viele Stimmen, weil sie gegen die Südumgehung eintraten. Jetzt, wo sie mit der SPD die Koalition fortsetzen wollen, herrscht Friedhofsruhe.

Mittlerweile werden ihre Wahlversprechen von Bürgerinnen und Bürgern angemahnt. Eine Koalitionsvereinbarung gibt es bis heute nicht. Man darf gespannt sein, wie sie sich hier rauswinden wollen.

Kaum stellen die Grünen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten, schon gehen die Bauarbeiten am Stuttgarter Hauptbahnhof weiter.

Die Landesregierung habe darauf verzichtet, einen Antrag auf Baustopp zu stellen, erklärte Volker Kefer, Technik-Vorstand der Bahn AG. Die Bauarbeiten würden wieder aufgenommen, teilte das Unternehmen später mit.

Beim Thema Atomausstieg rumort es bei den Grünen. Die Parteispitze meint zum Atomausstieg, dass ein erneutes Aufbrechen der Vereinbarung nahezu unmöglich sei. Dies gilt als Argument für eine Zustimmung zum schwarz-gelben Ausstieg. Dabei ist ein Aufbrechen sehr wohl möglich. Die einzige Möglichkeit, den Ausstieg aus der Risikotechnologie wirklich unumkehrbar zu machen, wäre eine entsprechende Verfassungsänderung, wie die LINKE sie fordert.

Für die Öko-Partei hat die Zustimmung zum schwarz-gelben Ausstiegsmodell auch eine koalitionspolitische Dimension. Bislang galt die harte Haltung der Union in Sachen Atomkraft als Haupthindernis für eine schwarz-grüne Option auf Bundesebene. Das Hindernis ist nun beiseite geräumt. Und so ist das Ja der Grünen ein doppeltes Ja. Ja zum Ausstieg. Ja zu einer schwarz-grünen Machtoption.

Ihr Hauptwählerstamm, die aktiven Atomgegner, reagierte jedoch verschnupft und ließ die Grünen wissen, dass sie nun kein Teil der Anti-AKW-Bewegung mehr seien.

So erklärte Jochen Stay von der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: Wer einem Stand-by-Betrieb und reduzierten Sicherheitsanforderungen zustimme„kann sich nicht mehr Teil der Anti-Atom-Bewegung nennen“.

Empörung

Europaweit sind die Menschen in Bewegung gekommen und setzen die Regierenden unter Druck: die Bewegung der „Empörten“ in Portugal, Spanien und Griechenland.

Bei uns „Stuttgart 21“, die Anti-Atombewegung. Auffallend die vielen jungen Gesichter. Eine neue Generation mischt sich ein.

Überall haben Bewegungen die Frage der Demokratie unüberhörbar auf die Tagesordnung gesetzt. „Wirkliche Demokratie, jetzt!“ ist die Forderung auf den Plätzen von Madrid, Barcelona und Athen, aber auch in Stuttgart, Brokdorf und Gundremmingen und sie sagen: Abgeordnete haben die zu vertreten, die sie wählen, nicht „die Märkte“.

Beim Thema Flughafen Rhein-Main sind die Proteste noch schwach. Die Fraport buhlte mit einem Riesenfest um Akzeptanz. Viele machten den „Event“ gedankenlos mit. SPD und CDU wollten dazu in unserem Parlament keine Protestresolution. Die Bürgerinitiativen sagten jedoch: Die Zerstörung des Waldes und die Verlärmung der Region sind kein Grund zum Feiern. Sie organisierten einen Protest-“Flashmob“ und andere Aktionen.

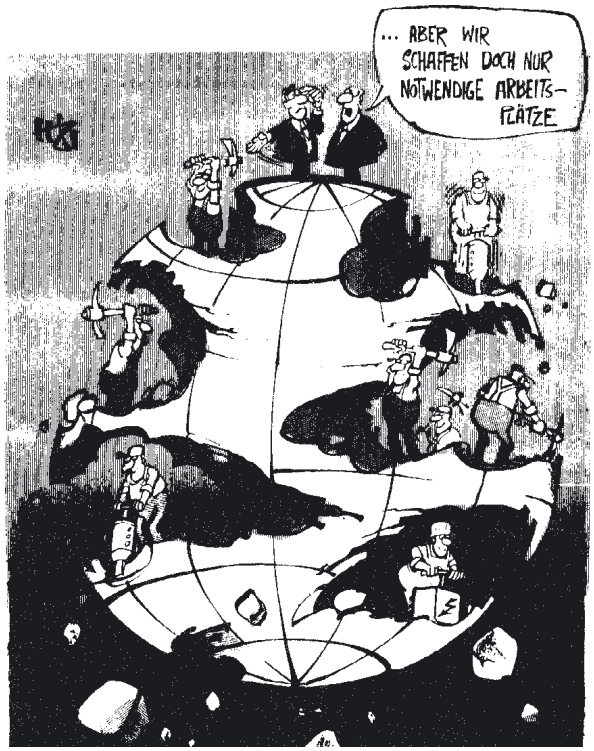
Seit Jahren hören wir in Diskussionen: „Wir kleinen Leute können ja doch nichts ändern!“ Ist das so? Wenn die Bundesregierung ihre alte Atompolitik „zwischengelagert“ hat, ist das ein Verdienst der Anti-Atombewegung und der Menschen, die massenhaft demonstrierten.

Wir erleben nun gerade, wie Menschen wieder Mut fassen und sich stärker politisch engagieren; nicht über „Volksvertreter“, sondern mittels direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Diese zu erkämpfen erfordert eine starke demokratische Bewegung von der Basis her. Dazu müssen wir beitragen. Nicht weniger, und nicht mehr.

Empört euch
Einen „friedlichen Aufstand“ fordert Stéphane Hessel. Hessel, 1917 in Berlin geboren und in Paris aufgewachsen, hat die Gräuel des Nationalsozialismus am eigenen Leib erfahren. Zweimal wurde er in Konzentrationslagern inhaftiert. Der einstige Widerstandskämpfer war Ehrengast zur Feierstunde des fünfjährigen Bestehens der Margit-Horváth-Stiftung im Oktober 2009 im Walldorfer Rathaus.
Im letzten Oktober erschien sein Manifest „Empört euch“. Es ist zum Slogan von Bewegungen in Europa geworden. Stéphane Hessel fordert die Empörung gegen die „unerträglichen Dinge“ dieser Welt, zum Beispiel die sich stetig vergrößernde Kluft zwischen den Ärmsten und den Reichsten.

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Trotz Rieseneinweihungsfeier - Fraport ist auf dem Holzweg. Sie hat mal wieder einen Wald abgesägt, freut sich über steigende Flugbewegungen, feiert zum Schluß ein „Happy-Landing-Fest" bei dem Tausende antanzen.
Man denkt ans Geschäft. Die Bäume die vor der Feier fielen, steigern den Profit. So denkt das Kapital. Zu kurz gedacht.
Die Bäume waren lange vor uns da. Man merkt es an unserer Sprache. Wir wissen, dass Menschen Wurzeln schlagen, aufblühen, entwurzelt werden können, astrein sind, auf einen grünen Zweig kommen oder zwischen Baum und Borke klemmen. Von ihnen haben wir die Ahnung, dass die Dinge wachsen und gedeihen müssen. Ihre Kronen waren stets höher als der Mensch, ihr Grund geht tiefer.
Es hat ihnen nichts genützt. Am Ende wurde „Happy Landing" gefeiert. Man könnte resignieren. Aber wir wissen: Der Mensch ist in der Lage, sich aufzubäumen.
Wir sollten erkennen, der Kapitalismus wird die Welt letztlich unbewohnbar machen. Würde man die jeweils Verantwortlichen vor Gericht stellen, würden sie sagen: „aber wir schaffen doch nur notwendige Arbeitsplätze!" rh



Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen

Am 12. April 1984 hob auf der Startbahn West, deren Bau in den 1970er und 1980er Jahren massiv bekämpft wurde, das erste Flugzeug ab. Kann sich jemand vorstellen, dass die damalige FAG dieses Ereignis mit einem Riesenfest gefeiert hätte? Damals konnten sie das nicht, dafür war die Widerstandsbewegung zu stark - sie hatten schlichtweg Schiss!
Diesmal feierte die Fraport AG auf der Landebahn Nordwest die Zerstörung des Kelsterbacher Waldes. Hier ist eine neue Generation von Managern zu Gange. Kalt und berechnend.
Dass sich hier vor kurzem noch eine Naherholungsgebiet mit über 200 Hektar befand, ist keine Erwähnung mehr wert.
Ist jetzt Ruhe mit weiterem Ausbau? Nein! „Nach dem Ausbau ist vor dem Ausbau", schrieb die FAZ. Mit der jetzigen Erweiterung kann man die heute 500 Flugbewegungen auf das Doppelte steigern. Ob sich die Festbesucher vorstellen können, was das bedeutet?
Wir, die wir am Flughafen wohnen, die nachts aufwachen, wissen, diese Steigerung der Starts und Landungen geht nur mit neuen Krankheiten und Todesfällen, mit einer veränderten Landschaft. Alles wurde berechnet und vorhergesagt. Die Studien sind bekannt. Soll später keiner sagen, er hätte nichts gewußt!

Die umweltfreundliche Lufthansa
Die Lufthansa setzt auf sogenannten Biosprit. Jatropha- und Palmöl sollen in Zukunft die Flugzeuge antreiben – und „klimaneutrales Wachstum" ermöglichen. Doch für tropische Pflanzenöle werden Regen- und Torfmoorwälder vernichtet und der Lebensraum von Menschen und Tieren. Die Konzernführung hatte versprochen, keinen Regenwald abzuholzen. Einlösen lässt sich dieses Versprechen nicht. Die verheerenden Agrospritplantagen im Amazonasgebiet von Brasilien, Mosambik und in Indonesien sprechen eine deutliche Sprache.

Protestantrag abgelehnt

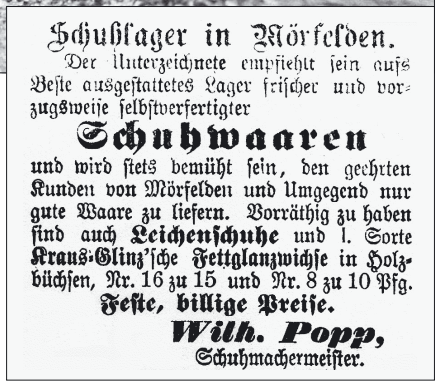
Die DKP/LL-Fraktion hatte für die Stadtverordnetenversammlung eine Stellungnahme eingebracht mit dem Titel „Happy Landings - Das Flughafen-Fest" ist eine Verhöhnung des Umlands".
In der Erklärung hieß es u.a.: *„Erst die Feier - dann der Krach"* und weiter *„Umweltzerstörung und Steigerung der Belastungen durch Lärm und Abgase sind kein Grund zum Feiern. ...Wir haben deshalb allen Grund, nicht mit dem Nachbarn Flughafen einen Ausbau zu feiern, den wir aus guten Gründen ablehnen. Ein „guter Nachbar" würde auf derartige „Volksfeste" und „Siegesfeiern" verzichten. ... Wir sind davon überzeugt, dass viele Menschen in unserer Stadt sehen, dass mit der Landebahn und jedem weiteren Ausbau des Flughafens mehr Lärm und andere Belastungen auf uns zukommen und es viele Gründe gibt, gegen Jubelfeiern der Fraport und neue Erweiterungspläne zu protestieren."*

Der Antrag wurde von SPD, CDUund FDP abgelehnt.

Mit der DKP/LL stimmten die Grünen.

Der Resolutionsantrag steht im Wortlaut auf der Webseite *dkp-mw.de*.

Stadtgeschichten



Schuhlager in Mörfelden.

Der Unterzeichnete empfiehlt sein aufs Beste ausgestattetes Lager frischer und vorzugsweise selbstverfertigter

Schuhwaaren

und wird stets bemüht sein, den geehrten Kunden von Mörfelden und Umgegend nur gute Waare zu liefern. Vorräthig zu haben sind auch **Leichenschuhe** und I. Sorte **Kraus-Glinz'sche Fettglanzwichse** in Holzbüchsen, Nr. 16 zu 15 und Nr. 8 zu 10 Pfg.

Feste, billige Preise.

Wilh. Popp,
Schuhmachermeister.

Das heutige Foto stammt aus dem Jahre 1893 und ist eines der ältesten Bilder, das in den schon bald 40 Jahren, unter „Mörfelden gestern" und später „Stadtgeschichten" im „blickpunkt" erscheint. Auf dem 118 Jahre alten Foto ist Elisabeth Popp geb. Gernandt (1855-1918), Ehefrau des Schuhmachers und Gastwirts Wilhelm Popp (1855-1925), gemeinsam mit ihrem Hund auf ihrem „Stuhlwagen" („Stuhlwäijelche") zu sehen. Sie fuhr gerade mal wieder die von ihrem Mann und seinen drei Gesellen, sowie zwei Lehrlingen gefertigten Schuhe in die Nachbardörfer - siehe Annonce im Groß-Gerauer Kreisblatt vom 9. April 1887. Stuhlwagen waren leichte Pferdewagen, die nur die schon etwas besser gestellten Landwirte besaßen. Mit ihnen wurde u. a. das Essen für die auf den Äckern Arbeitenden, gebracht, oder sonntags eine Spazierfahrt unternommen. Hinter dem Wagen ist links neben dem Scheunentor die Eingangstür zur Werkstatt im Haus Schafgasse Nr. 26 zu sehen. Wilhelm Popp, der Schuhmacher und Landwirt, baute im Jahre 1895 an das vorhandene alte Häuschen noch die Gaststätte „Zum Bobbeschenkelsche" an und man nannte ihn fortan in Mörfelden den „Schusterwirt". Häuschen mit Werkstatt wurden in den späten 1920er Jahren abgebrochen und das Gasthaus mit einem Wohnteil verlängert. Wilhelm Popp baute auch das auf seinem Grundstück befindliche Haus mit Laden in der Brückenstraße, in dem seine Tochter Luise verh. Oberndörfer, auch „Bobbe-Luwies" genannt, ein Schuhgeschäft betrieb eingerichtet hatte. Die Gaststätte vererbte er seinem Sohn Philipp Popp.

3100 Kilometer bis zum Peleponnes

„Der radelnde Landrat Thomas Will ist wieder unterwegs" hieß es in einem Bericht des hiesigen Anzeigenblattes „OZ". Er war aber nicht allein. Mit ihm fuhr eine 28-Personen-Gruppe. Dabei auch der langjährige Mörfelder DKP-Stadtverordnete und Stadrat, unser Redaktionsmitglied Rudi Dötsch (Foto). In der „OZ" stand dann noch ein Fehler: „Euro-radler absolvieren 2100 km bis zum Peleponnes". Hier hat der Schreiber glatt 1000 km „unterschlagen" und das ist viel - bei Pässen von 2200 Höhenmetern und zuletzt 44 Grad Hitze in Griechenland. Wir schickten ein Telegramm. Darin hieß es: „Hallo Thomas + Crew, lieber Rudi. Von der „blickpunkt"-Redaktion unsere Anerkennung für eure Leistung. Wir sind stolz auf euch. Ihr „erfahrt" Griechenland in einer bewegten Zeit. Wir betrachten mit Solidarität das Aufbegehren der „kleinen Leute" in Griechenland. Wir verstehen sie. Bleibt aufrecht und kommt gesund zurück!"

Unser Lexikon

Schbrisch

„Wer de Deiwel
im Haus hott,
brauch' fer de Krach
net zu sorje."

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de